

Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit

- Empirische Analysen -

Claudia Buchheister, Tilo Görl

Herausgeber: Prof. Dr. Dieter Holtmann

Lehrstuhl für Methoden der empirischen Sozialforschung

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Universität Potsdam



Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung

Nr. 13

Einstellungen und Wahlen als Indikatoren der Fremdenfeindlichkeit

- Empirische Analysen -

Claudia Buchheister, Tilo Görl

November 2001

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Ausländerfeindlichkeit gemäß den Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften.....	2
2.1 Gegenstand der Untersuchung.....	2
2.2 Ausmaß und Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen.....	3
2.3 Entwicklung extrem ausländerfeindlicher Einstellungen im Zeitverlauf.....	5
2.4 Zusammenhang ausländerfeindlicher Einstellungen und sozialstruktureller Faktoren.....	8
2.4.1 Die Ausprägung extrem ausländerfeindlicher Einstellungen in Verschiedenen Altersgruppen.....	9
2.4.2 Der Einfluss der Bildung auf extrem ausländerfeindliche Einstellungen....	12
2.5 Resümee.....	12
3. Wahl rechtsextremer Parteien.....	13
3.1 Entwicklung der Stimmenanteile rechtsextremer Parteien im Zeitverlauf.....	13
3.2 Zusammenhang der Wahl rechtsextremer Parteien und sozialstruktureller Faktoren.....	16
4. Zusammenfassung.....	19
Anhang.....	20
Literaturverzeichnis.....	23

1. Einleitung

Fremdenfeindlichkeit und Gewalt werden in der öffentlichen Diskussion als Ausdruck modernisierter Formen des Rechtsextremismus diskutiert, deren kriminelle Auswüchse besonders sichtbar werden.

Der alarmierende Anstieg rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Straftaten¹ und die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt² geben Anlass für eine genauere Beschäftigung mit der Entwicklung, Verbreitung und den Ausmaßen fremdenfeindlicher Einstellungen und den Wahlpotentialen rechtsextremer Parteien.

Dieses Heft befasst sich mit der Struktur ausländerfeindlicher Einstellungen und der Wahl rechtsextremer Parteien als Aspekte politischer Radikalisierung und Fremdenfeindlichkeit.

Die Analysen stützen sich dabei auf aktuelle Umfragedaten: Die Untersuchung der Einstellungen wurde mit Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) durchgeführt. Für die Wahlanalyse werden Daten der amtlichen Wahlstatistik und der Forschungsgruppe Wahlen (Politbarometer) benutzt. Es handelt sich hierbei um Analysen, die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern berücksichtigen. Dabei werden extrem ausländerfeindliche Einstellungen und rechtsextreme Wählerpotentiale nach verschiedenen Faktoren untersucht. Ziel ist es, mit Hilfe des Datenmaterials statistische Abhängigkeiten zwischen rechtsextremen Einstellungs- und Wählerpotentialen und sozialstrukturellen Elementen aufzudecken.

¹In den Jahren von 1999 bis 2000 ist die Anzahl rechtsextremistisch orientierter Straftaten um ca. 27,4 % angestiegen. (vgl. Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern vom 2.3.2001)

²Die DVU erzielte in der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt 12,9 % der Wählerstimmen.

2. Ausländerfeindlichkeit gemäß den Allgemeinen Bevölkerungsumfragen der Sozialwissenschaften

2.1 Gegenstand der Untersuchung

Das folgende Kapitel befasst sich mit ausländerfeindlichen Einstellungen als einem Aspekt von Fremdenfeindlichkeit³, die empirisch an den von der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zur Verfügung stehenden Daten untersucht werden.

Das Interesse zielt auf die Entwicklung ausländerfeindlicher Einstellungen von 1991 bis 2000 in den neuen und alten Bundesländern sowie auf deren Abhängigkeit von sozialstrukturellen Faktoren⁴. Im Zentrum der Untersuchung stehen fünf Aspekte ausländerfeindlicher Einstellungen, wie sie im ALLBUS erhoben wurden (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 1 Zuordnung ausländerfeindlicher Aspekte zu den Fragestellungen aus dem ALLBUS

Aspekt	Fragestellung	Kürzel	Erhebungszeitpunkte	Anzahl Befragte
Zuzugsbeschränkung von Ausländern	kum. Variable aus vier Variablen ⁵ : „Im folgenden geht es um den Zuzug verschiedener Personengruppen nach Deutschland. Wie ist ihre Einstellung dazu?: 1. Wie ist es mit den deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa? 2. Und mit den Asylsuchenden? 3. Und mit Arbeitnehmern aus der EU? 4. Und mit Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Staaten z.B. Türken?“	ZUZUG	1991, 1992, 1996, 2000	10635
Zustimmung zu mehr Lebensstilanpassung von Ausländern	„Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bisschen besser an den der Deutschen anpassen.“	MEHR ANPAS-SUNG	1994, 1996, 2000	7973
sozioökonomisch motivierte Gründe für Ausländerfeindlichkeit	„Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer in ihre Heimat zurückschicken.“	HEIM BEI KN. AR-BEIT	1994, 1996, 2000	7942
Ablehnung der Rechtsgleichheit für Ausländer	„Man sollte den in Deutschland lebenden Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen.“	K. POLIT. AKTIO-NEN	1994, 1996, 2000	7930
Bedarf nach sozialer Distanz zu Ausländern	„Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.“	HEIRAT	1994, 1996, 2000	7927

³ Die Analyse zu fremdenfeindlichen Einstellungen wird aufgrund der Datenlage auf ausländerfeindliche Einstellungen eingeschränkt.

⁴ Dieser Zeitraum umfasst die Erhebungszeitpunkte 1991, 1992, 1994, 1996, 1998, 2000. Da die Fragen nicht zu allen Zeitpunkten erhoben wurden, ergibt sich daraus eine unterschiedliche Anzahl von Befragten.

⁵ Da diese Skala sich aus vier Einzelitems additiv zusammensetzt, die drei Antwortmöglichkeiten zuließen, erhält die Skala einen Wertebereich von 4 bis 12.

Schaut man sich die empirische Verteilung der gegebenen Antworten (siehe Abb. 14-18 im Anhang) auf die in Tabelle 1 genannten Fragen an, zeigt sich eine deutlich von den anderen trennbare rechte Randregion (besonders 2.-5. Aspekt), die in diesem Kapitel von besonderem Interesse sein wird. Bei diesem ganz rechten Rand handelt es sich um die Befragten, die als *extrem ausländerfeindlich* bezeichnet werden müssen, weil sie den Zuzug von Ausländern gänzlich unterbunden sehen wollen und den anderen Aspekten ihre volle Zustimmung geben. Bevor dieser rechte Rand aber näher untersucht wird, gilt es erst einmal das gesamtgesellschaftliche Ausmaß ausländerfeindlicher Einstellungen in Deutschland zu betrachten.

2.2 Ausmaß und Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen

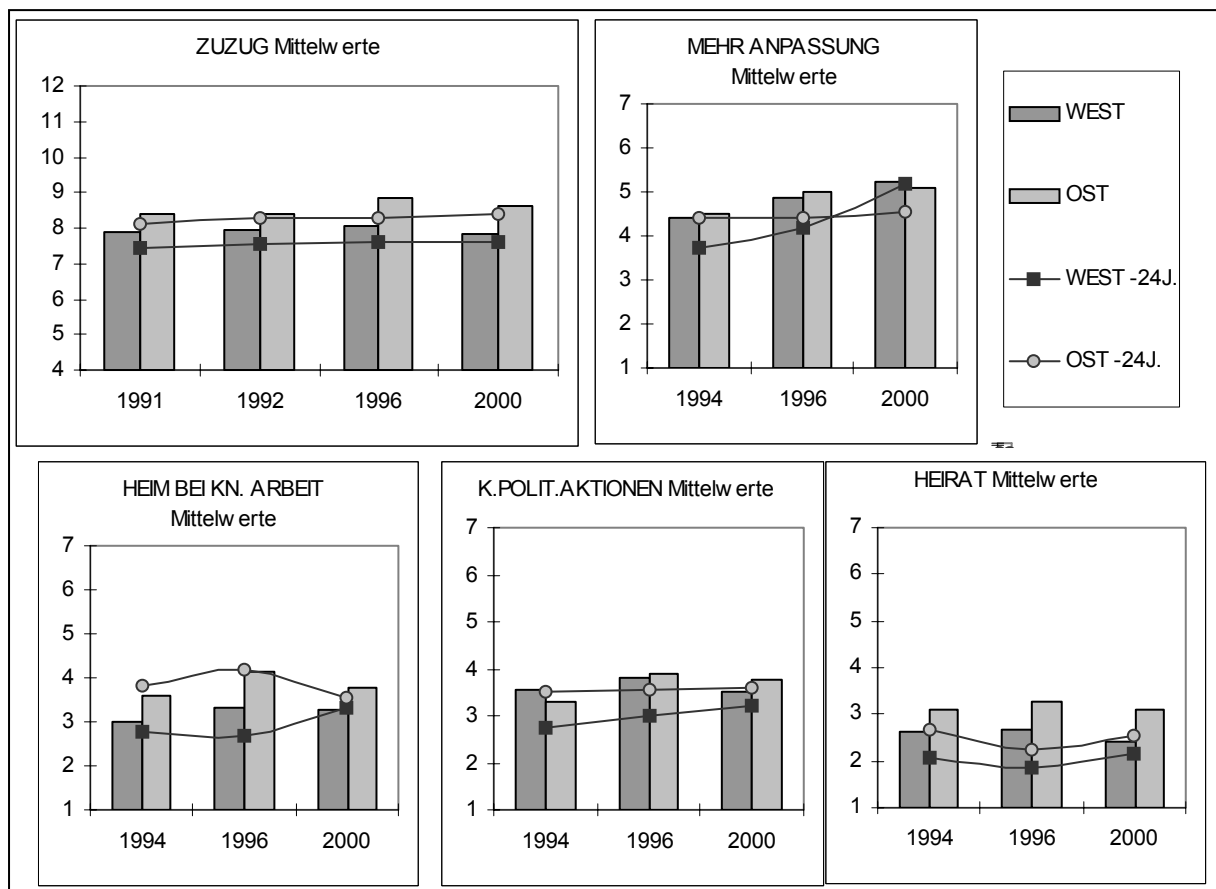
Die Abbildungen 14 bis 18 im Anhang zeigen die prozentualen Anteile der gegebenen Antworten in den fünf Aspekten. Die zusammengefasste Frage nach der Beschränkung des Zuzugs von Ausländern ist normalverteilt, d.h. der größte Teil der Befragten ordnet sich in den mittleren Positionen ein und ist d.h. für eine Begrenzung des Zuzugs. Den Zuzug ganz unterbinden, unabhängig von der Herkunft, wollen im Westen nur 3,3 Prozent und im Osten 6 Prozent. Die Frage nach mehr Anpassung der Ausländer zeigt ein weniger zurückhaltendes Bild: Keine der Fragen bekam soviel volle Zustimmung. Die Anzahl der Befragten, die dem voll zustimmten, beträgt hier mehr als ein Viertel. Bei den Fragen, ob Ausländer bei knapper Arbeit zurück in ihr Heimatland sollen und ob Ausländer nicht an politischen Aktionen teilnehmen sollten, gibt es eine starke Polarisierung: Eine hohe Ablehnung und zugleich eine beachtliche Zahl derer, die dem voll zustimmen. Die Ergebnisse zu der Frage, ob Ausländer in ihre Heimat zurückkehren sollen, wenn Arbeitsplätze knapp werden, bringt besonders in Ostdeutschland die Verbindung des Themas Ausländer und der Situation am Arbeitsmarkt zum Ausdruck. Obwohl der Ausländeranteil der Bevölkerung nur zwei Prozent ausmacht, sind es fast doppelt so viele Ostdeutsche (19 %) wie Westdeutsche (10 %), die der Frage voll zustimmen. In Westdeutschland gibt es geringfügig mehr Personen als in Ostdeutschland, die voll zustimmen, dass Ausländer nicht an politischen Aktionen teilnehmen sollten. In Bezug auf die Frage, ob Ausländer nur unter sich heiraten sollten, zeigen sich die Befragten wesentlich offener: In Westdeutschland stimmt die Hälfte der Befragten dem überhaupt nicht zu, im Osten sind es immerhin 39 Prozent. Demgegenüber stehen im Westen 10 % und im Osten 15 %, die dieser Frage voll zustimmen.

Nun stellt sich die Frage, wie ausländerfeindlich die Gesellschaft Deutschlands insgesamt eingestellt ist und ob Ausländerfeindlichkeit in den letzten Jahren zugenommen hat. In ande-

ren Studien wird bereits über einen alarmierenden Anstieg der Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen berichtet. So verweist z.B. Winkler (2001 persönliche Mitteilung) auf größere Zunahmen der Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Ostdeutschland.

In der folgenden Abbildung sind die Mittelwerte der Variablen für West- und Ostdeutschland und der Jugendlichen bis 24 Jahre in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf abgetragen.

Abbildung 1 Mittelwertvergleiche Ost- und Westdeutschland (Gesamtdurchschnitt und Durchschnitt der Jugendlichen bis 24 Jahre)⁶



Ein genereller Anstieg extrem ausländerfeindlicher Einstellungen als ein Aspekt von Fremdenfeindlichkeit, wie ihn Winkler unter ostdeutschen Jugendlichen beschreibt, ist nicht zu erkennen. Es ist jedoch erkennbar, dass die ostdeutschen Jugendlichen, wie auch die Befragten in Ostdeutschland im Durchschnitt, über alle Erhebungszeitpunkte hinweg insgesamt ausländerfeindlicher eingestellt sind. Ostdeutsche Jugendliche sind dabei, bis auf eine Ausnahme (MEHR ANPASSUNG 2000), deutlich ausländerfeindlicher als westdeutsche Jugendliche eingestellt. Während westdeutsche Jugendliche eher unter dem Durchschnitt der westdeut-

⁶ Ein höherer Mittelwert steht für eine stärkere ausländerfeindliche Einstellung.

schen Bevölkerung liegen, reihen sich die ostdeutschen Jugendlichen eher in die Durchschnittswerte der ostdeutschen Bevölkerung ein.

Dieses Ergebnis ist durchaus ernst zunehmen, wenn man bedenkt, dass ausländerfeindlich motivierte Gewalt besonders von Jugendlichen ausgeht.

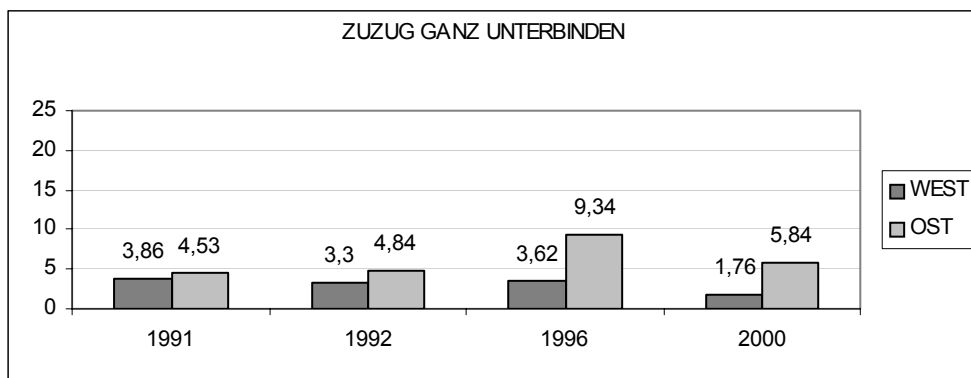
Diejenigen, die den Fragen ihre volle Zustimmung gaben und deswegen als *extrem ausländerfeindlich* eingestuft werden müssen, sollen nun Gegenstand der weiteren Analyse sein.

Neben einem Ost-West-Vergleich sind dabei besonders folgende Faktoren interessant:

- die Entwicklung der extremen Ausländerfeindlichkeit im Zeitverlauf (Befragungszeitpunkte 1991-2000),
- die Ausprägung der extremen Ausländerfeindlichkeit in verschiedenen Altersgruppen,
- der Einfluss von Geschlecht, Bildung und Arbeitslosigkeit.

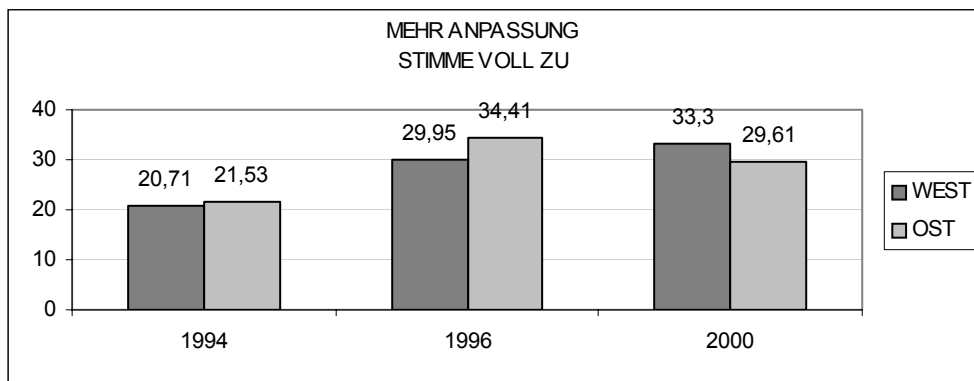
2.3 Entwicklung extrem ausländerfeindlicher Einstellungen im Zeitverlauf (Erhebungsjahre)

Abbildung 2 Entwicklung der Einstellung „Zuzug von Ausländern ganz unterbinden“



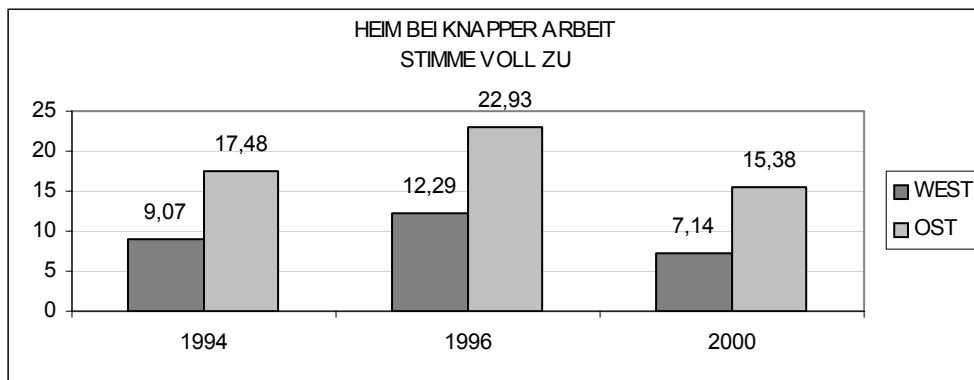
Zuzugsbeschränkung von Ausländern. Der prozentuale Anteil derer, die eine vollständige Unterbindung der Zuzugs von Ausländern befürworten, ist in den alten Bundesländern im Zeitverlauf fallend. In Ostdeutschland ist ein ansteigender Trend erkennbar, obwohl 2000 die Werte wieder zurückfallen, sind sie dennoch höher als 1994. Waren die Werte in Ost- und Westdeutschland 1991 noch ähnlich, wird der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland im Zeitverlauf größer.

Abbildung 3 Entwicklung der Einstellung „Mehr Anpassung: Stimme voll zu“



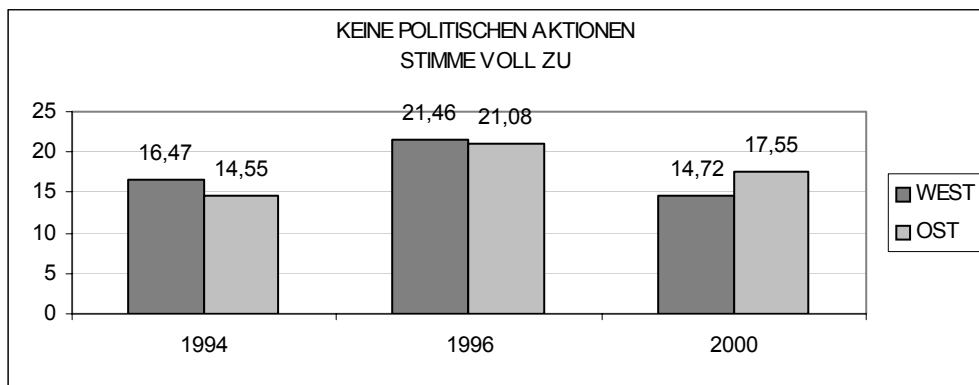
Zustimmung zu mehr Lebensstilanpassung von Ausländern. Auch der Anteil derer, die mehr Anpassung der Ausländer wollen, nimmt im Zeitverlauf zu (von ca. ein Fünftel zu ca. ein Drittel der Befragten). Interessant ist, dass, obwohl i. A. bei den Ostdeutschen höhere Anteile zu erwarten sind, im Jahr 2000 mehr Personen in Westdeutschland (33 %) als in Ostdeutschland (30 %) dieser Meinung waren.

Abbildung 4 Entwicklung der Einstellung „Heim bei knapper Arbeit: Stimme voll zu“



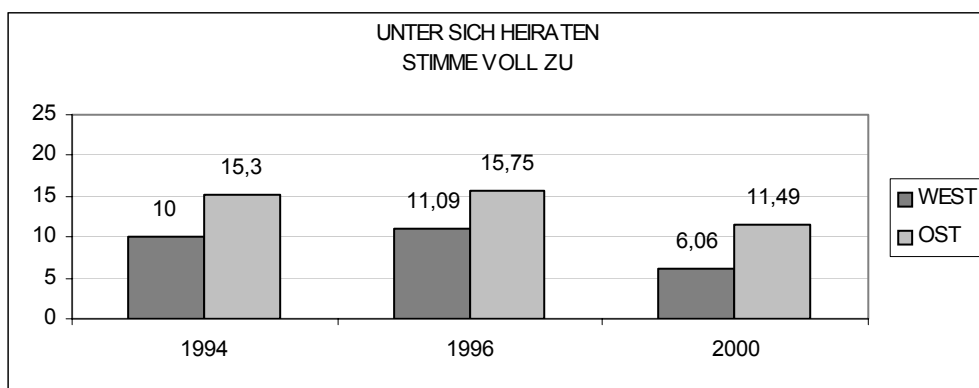
Sozioökonomisch motivierte Gründe für Ausländerfeindlichkeit. Bei der Frage nach der Heimkehr der Ausländer bei knapper Arbeit zeigen sich besonders Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland. Wie auch schon die Verteilung zeigte (Abb. 16 im Anhang), stimmen auch im Zeitverlauf ca. doppelt so viele Befragte in Ostdeutschland wie in Westdeutschland dieser Frage voll zu.

Abbildung 5 Entwicklung der Einstellung „Keine politischen Aktionen: Stimme voll zu“



Ablehnung der Rechtsgleichheit für Ausländer. Vermittelte die Verteilung bei der Frage zur Ablehnung politischer Aktionen für Ausländer (Abb. 17 im Anhang) noch den Eindruck, dass die Befürworter in den alten Ländern überwiegen, zeigt sich im Zeitverlauf, dass dies für die Zeitpunkte 1994 und 1996 stimmte, sich jedoch im Jahr 2000 die Verhältnisse umkehren: Fast 3 Prozent mehr Befürworter gibt es nun im Osten im Vergleich zum Westen.

Abbildung 6 Entwicklung der Einstellung „Unter sich heiraten: Stimme voll zu“



Bedarf nach sozialer Distanz zu Ausländern. Große Ost-West-Unterschiede gibt es bei den Befürwortern der Heirat von Ausländern nur untereinander: Ca. 5 Prozent mehr sind in Ostdeutschland dieser Meinung. Ansonsten ist die Tendenz zur vollen Zustimmung von 1994 zu 2000 eher fallend.

Fazit:

Zusammenfassend lässt sich eine Wellenbewegung erkennen: 1996 gab es besonders hohe Werte in den extrem ausländerfeindlichen Einstellungen, die 2000 leicht zurückgehen.

In Westdeutschland liegen die Werte 2000 größtenteils sogar unter den Werten von 1994, jedoch haben in Ostdeutschland wesentlich mehr Personen in einigen Aspekten extrem frem-

denfeindliche Einstellungen als noch 1994. Insgesamt ist also für Ostdeutschland von einer Zunahme extrem ausländerfeindlicher Einstellungen auszugehen.

2.4 Zusammenhang ausländerfeindlicher Einstellungen und sozialstruktureller Faktoren

In einem einfachen Verfahren kann zunächst festgestellt werden, ob es überhaupt einen relevanten statistisch nachweisbaren Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Faktoren und den einzelnen Aspekten der Ausländerfeindlichkeit gibt. Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der statistischen Analyse.

Tabelle 2 Zusammenhangsmaße⁷

Unabhängige Variable	Zusammenhangsmaß	ZUZUG	MEHR ANPASSUNG	HEIM B. KN. ARBEIT	K. POLIT. AKTIONEN	HEIRAT
Erhebungsgebiet Ost/West	Eta	.17	(.02)	.16	(.00)	.12
Alter	r	.14	.22	.17	.20	.30
Geschlecht	Eta	(.02)	(.03)	(.05)	(.02)	(.07)
Bildung	Spearman	-.25	-.21	-.25	-.25	-.32
Berufsstatus arbeitslos	Eta	(.07)	(.01)	(.07)	(.01)	(.06)

- Das *Erhebungsgebiet* hat einen geringen Effekt auf die Einstellungen „Zuzug beschränken“, „Heimkehr der Ausländer bei knapper Arbeit“ und auf die Frage, ob Ausländer unter sich heiraten sollen. Auf die Fragen nach mehr Anpassung der Ausländer und nach der Teilnahme von Ausländern an politischen Aktionen scheint das Erhebungsgebiet keinen Einfluss zu haben.
- Jedoch scheint das *Alter* einen Effekt auf ausländerfeindliche Einstellungen zu haben. Mit steigendem Alter scheint der Anteil ausländerfeindlicher Einstellungen zuzunehmen.
- Das *Geschlecht* hat, wie andere Studien ebenfalls zeigten, keinen Effekt.

⁷ Die verschiedenen Zusammenhangsmaße ergeben sich aus den unterschiedlichen Skalenniveaus der unabhängigen Variablen. Die Interpretation der Werte ist jedoch ähnlich, da die Wertebereiche ähnlich sind ($0 \leq \text{Eta} \leq 1$; $-1 \leq r, \text{Spearman} \leq 1$, 0 bedeutet kein, 1 perfekter Zusammenhang). Spearman und r zeigen durch die Möglichkeit positiver oder negativer Werte gleichzeitig die Richtung des Zusammenhangs an. Pragmatisch wird ein relevanter Zusammenhang ab ± 0.10 festgelegt.

- Die negativen Korrelationen des Spearmanschen Korrelationskoeffizienten zeigen, so bestätigen auch andere Studien, dass mit geringerer *Bildung* ausländerfeindlichere Einstellungen zu erwarten sind.
- Die *Arbeitslosigkeit* weist, wie das *Geschlecht*, keine relevanten Effekte auf⁸.

Diese Ergebnisse sind mit anderen Studien konform. So kommt u.a. auch Winkler (1997) zu dem Ergebnis, dass Geschlecht und Arbeitslosigkeit keine Wirkung auf Ausländerfeindlichkeit zeigt, sondern im wesentlichen von Bildung und Alter beeinflusst wird. Auch Kleinert u.a. (1998) zeigen, dass der Bildungsgrad den stärksten Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen hat.⁹

Da Geschlecht und der Status Arbeitslosigkeit keine relevanten Effekte auf ausländerfeindliche Einstellungen haben, werden sie in der Analyse des extrem ausländerfeindlichen Randes, die jetzt folgt, nicht weiter berücksichtigt.

2.4.1 Die Ausprägung extrem ausländerfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen

Das Zusammenhangsmaß zeigte bereits, dass mit steigendem Alter der Anteil extrem ausländerfeindlicher Einstellungen zuzunehmen scheint. Dazu werden vier Alterskohorten näher untersucht (bis 24, 25 bis 39, 40 bis 54, ab 54 Jahre).

Abbildung 7

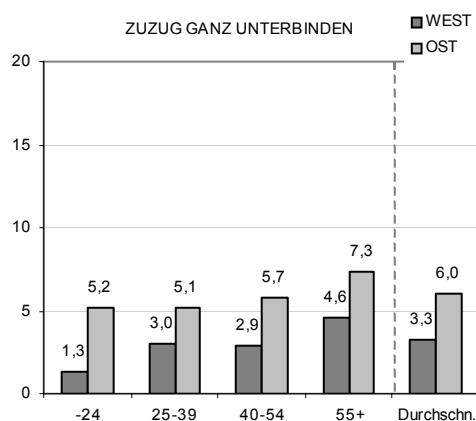
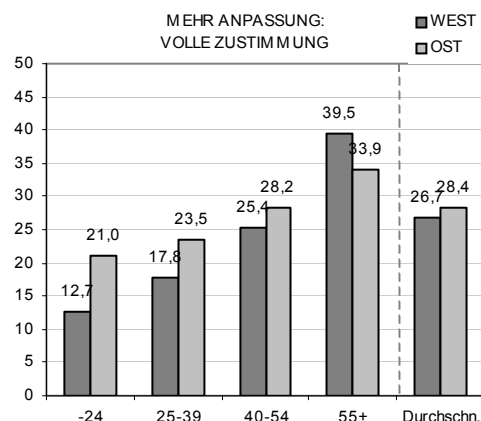


Abbildung 8



⁸ Vgl. Kleinert u.a. (1998).

⁹ Eine multiple Regression bestätigte außerdem diese Ergebnisse.

Zuzugsbeschränkung von Ausländern. Während der Anteil in den drei jüngeren Altersgruppen unter dem Durchschnitt liegt, ist diese ausländerfeindliche Einstellung überdurchschnittlich bei den über 54-Jährigen zu finden. Der ostdeutsche Anteil ist insgesamt in jeder Altersgruppe höher als bei den Westdeutschen. (Abb. 7)

Zustimmung zu mehr Lebensstilanpassung von Ausländern. Ein ähnliches Bild zeigt auch die Frage nach mehr Anpassung der Ausländer (Abb. 8). Während auch hier in den drei jüngeren Kohorten unterdurchschnittliche Werte angezeigt werden, ist besonders der in Westdeutschland hohe Anteil der über 54-Jährigen bemerkenswert: fast 40 Prozent stimmen dieser Frage voll zu. Im Ostteil sind es ca. ein Drittel.

Abbildung 9

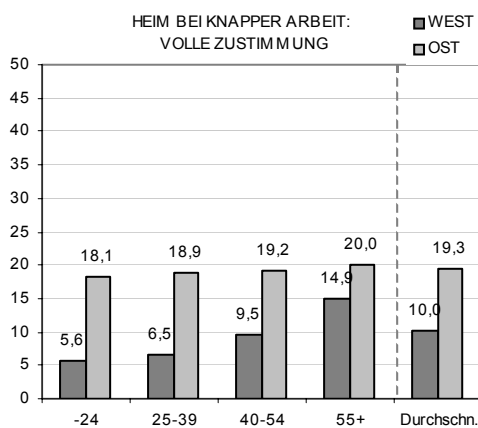
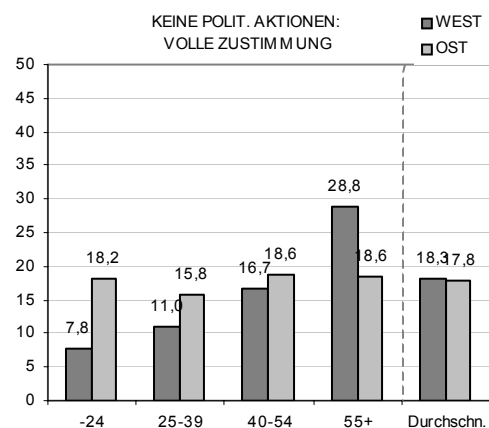


Abbildung 10

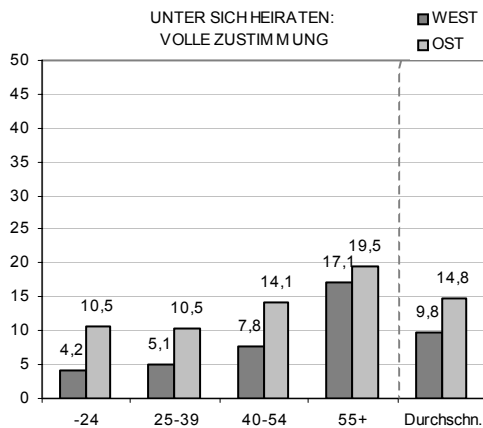


Sozioökonomisch motivierte Gründe für Ausländerfeindlichkeit. Auch bei der Frage nach der Zustimmung zur Heimkehr von Ausländern, wenn die Arbeit knapp wird (Abb. 9), sind es wieder überdurchschnittlich die Älteren, die dem voll zustimmen. In Ostdeutschland ist der Anteil in den Altersgruppen etwa gleich hoch. Hier ist weiterhin interessant, dass der Abstand zwischen Ost und West mit dem Alter abnimmt und die Werte insgesamt kontinuierlich mit dem Alter zunehmen. Besonders groß ist der Unterschied bei den unter 25-Jährigen: Während im Westen knapp sechs Prozent der Meinung sind, Ausländer sollen bei knapper Arbeit wieder in ihr Heimatland zurückkehren, sind es in Ostdeutschland ca. 18 Prozent. Die Werte entsprechen den unterschiedlichen Arbeitsmarktsituationen in Ost und West.

Ablehnung der Rechtsgleichheit für Ausländer. Für die westdeutschen Befürworter dieser Frage (Abb. 10) ergibt sich wieder das gleiche Bild wie bei den vorangegangenen: Die Zustimmung steigt mit dem Alter. Sie ist in den drei jüngeren Kohorten unterdurchschnittlich und bei den über 54-Jährigen überdurchschnittlich. Im Osten ist die Befürwortung über alle

Altersgruppen ähnlich hoch (ca. 18 %), nur bei den 25 bis 39-Jährigen etwas geringer (ca. 16 %). Bemerkenswert ist, dass in den drei jüngeren Kohorten der Anteil derer, die voll zustimmen, im Osten geringfügig höher liegt als im Westen, jedoch in der ältesten Kohorte der Anteil in den alten Bundesländern um 10 Prozent höher liegt als in den neuen Bundesländern.

Abbildung 11



Bedarf nach sozialer Distanz zu Ausländern. Das Bild, das sich hier ergibt (Abb. 11), ist sehr ähnlich zu der Frage nach Heimkehr von Ausländern bei knapper Arbeit. Die Werte sind mit zunehmenden Alter kontinuierlich ansteigend. Die drei jüngeren Kohorten liegen unter dem Durchschnitt, dafür entscheiden sich weit mehr der über 54-Jährigen im Vergleich zum Durchschnitt für eine volle Zustimmung.

Fazit:

Die Ergebnisse zeigen, dass extrem ausländerfeindliche Einstellungen besonders in Ostdeutschland, in allen Altersgruppen eine große Verbreitung finden. Insgesamt gibt es einen Zusammenhang von Alter und extrem ausländerfeindlichen Einstellungen, der in den alten Bundesländern noch stärker ausgeprägt ist als in Ostdeutschland: Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil derer, die extrem ausländerfeindliche Ansichten teilen, zu. Besonders bei den über 54-Jährigen ist ein überdurchschnittlicher Anteil auszumachen. Innerhalb der Altersgruppen sind (mit wenigen Ausnahmen) unter den ostdeutschen Befragten im Vergleich zu den Westdeutschen wesentlich mehr extrem ausländerfeindlich Eingestellte zu finden. Auch wenn der Anteil ausländerfeindlicher Einstellungen unter Älteren größer ist als unter Jüngeren, so ist der Anteil unter den Jüngeren keineswegs zu vernachlässigen, da sich Ausländerfeindlichkeit besonders unter Jugendlichen überproportional in Gewalt äußert.

2.4.2 Der Einfluss der Bildung auf extrem ausländerfeindliche Einstellungen

Die Abbildungen 19-23 im Anhang geben noch einmal das Ergebnis, das sich bereits aus der Analyse des statistischen Zusammenhangs (S. 8) ergab, wider. Zwar sind extrem ausländerfeindliche Einstellungen in allen Bildungsebenen vorhanden, mit zunehmender Bildung nimmt jedoch der Anteil derer, die extrem ausländerfeindliche Ansichten teilen, deutlich ab. Dies wird auch in anderen Studien¹⁰ bestätigt. Die größten Anteile extrem ausländerfeindlich eingestellter Personen sind unter denen zu finden, die keinen Abschluss haben, gefolgt von den Volks- und Hauptschulabgängern.

2.5 Resümee

Insgesamt kommt auch diese empirische Untersuchung zu ähnlichen Ergebnissen wie andere Studien: Zwischen den extrem ausländerfeindlichen Potentialen gibt es zwischen Ost- und Westdeutschland deutliche Unterschiede. Der deutlichste Unterschied ist hierbei zur Frage nach sozioökonomisch motivierten Gründen für Ausländerfeindlichkeit (10 % West vs. 19 % Ost) zu verzeichnen. Im Zeitverlauf von 1991 bis 2000 ließ sich ein „wellenförmiger“ Anstieg extrem ausländerfeindlicher Einstellungen in Ostdeutschland feststellen, während in Westdeutschland der Anteil leicht zurückgeht. Wie die Ergebnisse zu den Alters- und Bildungseffekten zeigen, sind extrem ausländerfeindliche Einstellungen in allen Bevölkerungsschichten (hier Altersgruppen und Bildungsebenen) anzutreffen. Es konnten sich jedoch schwache Zusammenhänge erkennen lassen, die auf eine *Zunahme* extrem ausländerfeindlicher Einstellungen bei steigendem Alter (besonders Westdeutschland) sowie auf eine *Abnahme* extrem ausländerfeindlicher Einstellungen bei höherem Bildungsniveau (Ost- und Westdeutschland) hindeuten. Die größten Anteile extrem ausländerfeindlich Eingestellter sind demnach unter denen ohne Abschluss und den Volks- und Hauptschulabgängern zu finden.

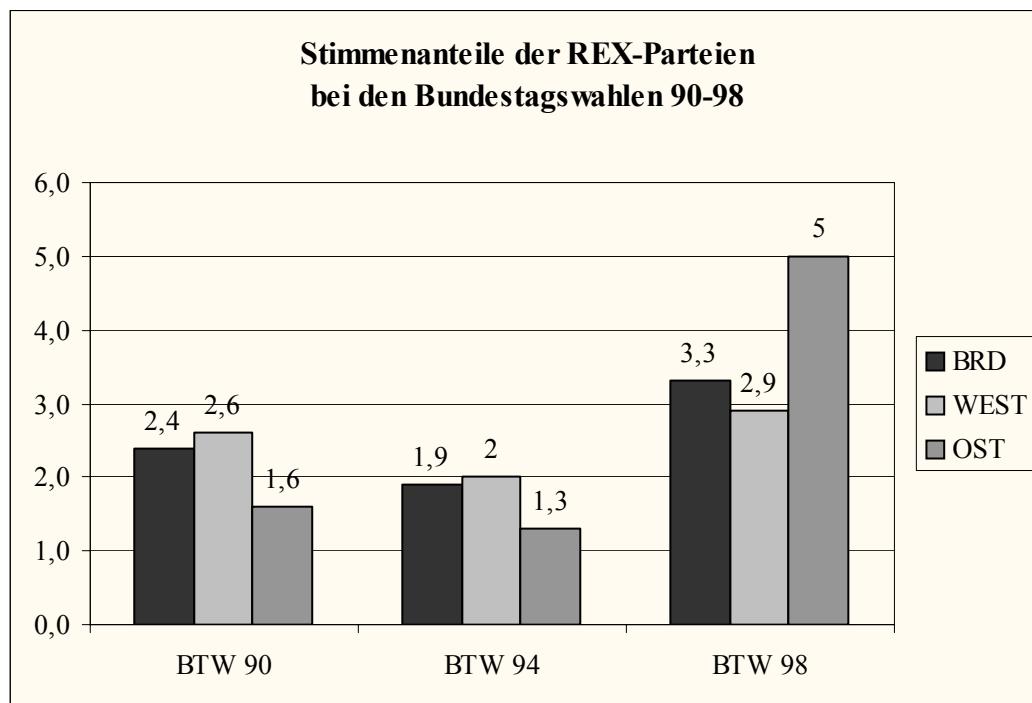
¹⁰ Siehe u.a. Winkler (1997), Kleinert u.a. (1998)

3. Wahl rechtsextremer Parteien

3.1 Entwicklung der Stimmenanteile rechtsextremer Parteien im Zeitverlauf

Das spektakuläre Abschneiden der DVU bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt (12,9 %) markiert den vorläufigen Höhepunkt der Erfolgchancen rechtsextremer Parteien in Ostdeutschland. Betrachtet man die Entwicklung der Stimmenanteile radikaler rechter Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1990, zeigt sich, dass das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt trotz seiner Singularität im Trend einer allgemeinen West-Ost-Verschiebung liegt.

Abbildung 12 Stimmenanteile rechtsextremer Parteien bei den Bundestagswahlen



Quelle: amtliche Wahlstatistik. BTW = Bundestagswahl

Zunächst zeigt die bundesweite Entwicklung der Stimmenanteile einen leicht U-förmigen Verlauf. Nach geringen Verlusten von 1990 zu 1994 stieg der kumulierte Stimmenanteil der rechtsextremen Parteien¹¹ bei der Bundestagswahl 1998 auf insgesamt 3,3 Prozentpunkte. Bis 1994 wurde der Stimmenanteil vor allem vom westdeutschen Wählerreservoir getragen, während die Wahlchancen in den neuen Bundesländern eher bescheiden ausfielen. Mit der Bundestagswahl 1998 hat sich diese Muster ins Gegenteil verkehrt. Die rechtsextremen Parteien

konnten ihren ostdeutschen Stimmenanteil, verglichen mit 1994 nahezu vervierfachen, wohingegen sie in den alten Bundesländern nur eine marginale Ergebnisverbesserung erzielen konnten. Unterschiede zeigen sich auch bei den Einzelparteien: DVU und NPD sind im Osten erfolgreicher als im Westen, bei den Republikanern verhält es sich genau umgekehrt.¹²

Der „Ostruck“¹³ in den Wahlergebnissen korrespondiert mit der Entwicklung fremdenfeindlicher Einstellungen im Ost-West-Vergleich. Die Wahlkampfstrategien der rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern sind auf die Ostspezifik im fremdenfeindlichen Einstellungsmuster abgestimmt. Vor allem die ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit wird von der Wahlpropaganda bedient (DVU: „Deutsches Geld für deutsche Arbeitsplätze“¹⁴, „Massenarbeitslosigkeit, muss das sein?“¹⁵, NPD: „Konsequent-Sozial-National“¹⁶). Die winning formula der radikalen rechten Parteien im Osten ist die kombinierte Thematisierung sozioökonomischer Probleme und fremdenfeindlicher Orientierungen.¹⁷

¹¹ Kumuliert wurden für die BTW 1990 und 1994 die Stimmenanteile von NPD und Republikanern. Für die BTW 1998 wurden die Stimmenanteile von NPD, Republikanern und DVU aufaddiert. Die DVU nahm 1998 zum ersten Mal an einer Bundestagswahl teil.

¹² Siehe dazu ausführlich: Jaschke, Hans-Gerd: Die rechtsextremen Parteien nach der Bundestagswahl 1998: Stehen sie sich selbst im Wege? In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999, S. 141-157, hier S. 145 ff.

¹³ Minkenberg, Michael: Im Osten was Neues: Die radikale Rechte im Wahljahr 1998 In: Pickel, Gert et al. (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems. S. 314

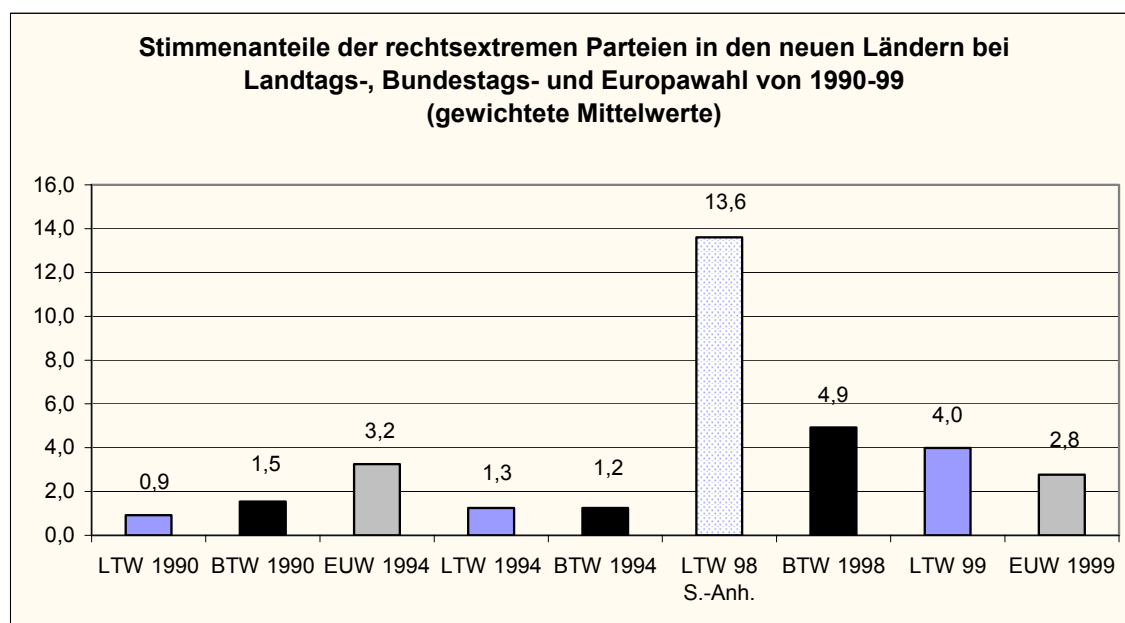
¹⁴ Zitiert nach Minkenberg, Michael, a.a.O., S. 326

¹⁵ Zitiert nach Jaschke a.a.O., S. 146

¹⁶ Zitiert nach Minkenberg, a.a.O., S. 326

¹⁷ Vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1999, S. 70

Abbildung 13 Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien in den neuen Ländern¹⁸



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der amtlichen Wahlstatistik.

LTW = Landtagswahl, BTW = Bundestagswahl, EUW = Europawahl

Stellt man die kumulierten Stimmenanteile der rechtsextremen Parteien in den neuen Bundesländern zwischen 1990 bis 1999 nach Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in ihrer chronologischen Abfolge dar (Abb. 8), sind statt eines linearen Trends Mobilisierungswellen zu beobachten.

Der Zenit der ersten, schwächeren Mobilisierungswelle wurde mit der Europawahl im Juni 1994 (3,2 %) erreicht. Dieses Wahldatum markiert die Ausläufer der Gewaltwelle um die Asylproblematik Anfang der 90er Jahre. In den Umfragewerten wie auch in den Mitgliederzahlen erhielten die Parteien 1993 den höchsten Zuspruch.¹⁹ Im Zuge des „Asylkompromisses“ von 1993 ebte die rechte Gewalt- und Mobilisierungswelle deutlich ab. Der Verlauf des 94er „Superwahljahres“ zeigt einen kontinuierlichen Legitimationsverlust der rechtsextremen Parteien bei den Wählern.

Die zweite, stärkere Mobilisierungswelle korrespondiert, wenn auch wegen des Wahlzyklus zeitlich versetzt, mit dem Anschwellen der sozioökonomisch motivierten Fremdenfeindlichkeit. Die gewachsene sozioökonomische Unzufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung führte zu einem kontinuierlichen Stimmenverlust der beiden bürgerlichen Parteien CDU und

¹⁸ Bis auf den Stimmenanteil der LTW 98 in Sachsen-Anhalt wurden die Länderanteile (ohne Ost-Berlin) nach den Wählerstimmen gewichtet zu Mittelwerten zusammengefasst.

FDP, die im Wiedervereinigungsjahr 1990 spektakuläre Ergebnisse im ostdeutschen Elektorat erzielt hatten. Allein bei der Bundestagswahl 1998 verlor die CDU im Osten 11,2 Prozentpunkte. Gewinner dieser Entwicklung waren die SPD, die PDS und die radikalen rechten Parteien. Wählerwanderanalysen zeigen, dass die rechtsextremen Parteien vor allem von den Verlusten der CDU profitierten.²⁰ Der ungewöhnlich hohe Stimmenanteil der DVU, den sie im Vorfeld der Bundestagswahl bei der Landtagswahl 1998 in Sachsen-Anhalt erzielte, muss neben den genannten Gründen natürlich auch auf die landesspezifische Konstellation zurückgeführt werden. Die DVU konnte sich dort als echte Protestpartei formieren, da die PDS ihre Protestfunktion aufgrund des Magdeburger Tolerierungsmodells nicht in der gewohnten Weise ausüben konnte und die CDU als wirksame Oppositionspartei kaum in Erscheinung trat.²¹ Mit der Europawahl im Juni 1999 scheint auch die zweite Mobilisierungswelle zunächst im Abflauen begriffen zu sein. Ob dies auf eine langfristige Entwicklung hindeutet, wie sie in den Einstellungsdaten zur Ausländerfeindlichkeit bereits anklingt, oder ob sie auf die situativen Faktoren der Europawahl von 1999 zurückzuführen ist (polarisierter Wahlkampf zwischen den beiden Volksparteien SPD und CDU), muss dahingestellt bleiben.

3.2 Zusammenhang der Wahl rechtsextremer Parteien und sozialstruktureller Faktoren

Aus wahlsoziologischer Sicht ist von Interesse, in welchen sozialstrukturellen Gruppen die rechtsextremen Parteien hauptsächlich Wähler mobilisieren können.

¹⁹ Vgl. Minkenberg, a.a.O., S. 315

²⁰ Nach einer Untersuchung von Infratest dimap erhielten die rechtsradikalen Parteien per Saldo 110.000 Stimmen von ehemaligen CDU-Wählern, von ehemaligen SPD-Wählern kamen per Saldo nur 30.000 Stimmen. Zitiert nach: Minkenberg, a.a.O., S. 328. Nach der Wahlbefragungsergebnissen von Forsa waren lediglich 15 % der rechten Wähler Wiederwähler, 21 % ehemalige CDU-Wähler, 21 % waren Erstwähler und nur 7 % ehemalige SPD-Wähler. Zitiert nach: Stöss, a.a.O., S. 132.

²¹ Vgl. Minkenberg, a.a.O., S. 324

Tabelle 3 Sozialstrukturelles Profil der Wahlabsicht rechtsradikaler Parteien 1999
(in Prozent)

	West	Ost
Geschlecht		
männlich	1,5	1,7
weiblich	0,4	0,3
<i>Cramérs V</i> ²²	,053**	,071**
Alterskohorten		
18-24	1,2	2,7
25-34	0,9	1,6
35-44	1,3	1,2
45-59	0,7	0,8
60+	0,8	0,2
<i>Cramérs V</i>	,027	,068**
Bildungsabschluss		
Hauptschule/ohne Abschluss		
Realschule	1,4	0,7
Abitur	0,9	1,4
	0,2	0,6
<i>Cramérs V</i>	,049**	,040**
Beschäftigungsstatus		
Arbeitslos	1,5	1,7
<i>Cramérs V</i>	,01	,02**
Stellung im Beruf		
<i>Arbeiter</i>	2,1	1,3
Angestellte	0,7	0,5
Beamte	0,3	0,7
Selbständige	0,8	1,4
<i>Cramérs V</i>	,063**	,045**
Gewerkschaftsmitglied		
<i>Cramérs V</i>	,021*	,018
Konfession		
Katholisch	0,8	0,6
evangelisch	1,0	0,6
andere Religion	0	0
keine Religion	1,3	1,2
<i>Cramérs V</i>	,021	,029*
Gesamt	0,9	1,0
<i>Cramérs V</i>	0,002	

Quelle: Politbarometer-Ost 1999 und Politbarometer-West 1999, Forschungsgruppe Wahlen e.V. 1999, N_{West} = 12130, N_{Ost} = 10408
* $p < 0.05$ ** $p < 0.01$

²² Cramérs V ist ein Zusammenhangsmaß für nominalskalierte Daten. Ein Wert von „0“ indiziert kein Zusammenhang; ein Wert von „1“ zeigt einen perfekten Zusammenhang an.

Wie man der Tabelle 3 entnehmen kann, haben im kumulierten Politbarometer von 1999 lediglich 0,9 % bzw. 1 % der Befragten eine Wahlabsicht zugunsten der NPD, der DVU oder der Republikaner bekundet.²³ Trotz der geringen Prozentzahl sind die Ergebnisse aufgrund des hohen Stichprobenumfangs aussagekräftig. In beiden Teilelektoraten zeigen Frauen eine geringere Wahlneigung zugunsten einer rechtsextremen Partei als Männer. Der Zusammenhang ist in beiden Teilelektoraten sehr signifikant.

Im Osten schneiden die rechtsextremen Parteien überproportional bei den Jungwählern ab. Die Wahlneigung fällt mit dem Alter kontinuierlich. Anders im Westen, hier zeigt sich kein linearer Zusammenhang zwischen der Wahlneigung und dem Alter. Das Assoziationsmaß ist nicht signifikant. Lediglich die jüngste und die dritte Kohorte zeigen eine leicht stärkere Affinität für rechtsextreme Parteien als der Durchschnitt.

Nach dem bisherigen Erkenntnisstand der empirischen Wahlforschung wird die Wahl rechtsextremer Parteien vor allem als ein Phänomen der Modernisierungsverlierer gewertet. Danach müssten die unteren sozioökonomischen Schichten, die Bildungsunterschichten und die Arbeitslosen eine stärkere Wahlneigung für rechtsradikale Parteien haben. Dieses Muster ist in Westdeutschland exemplarisch anzutreffen. Arbeitslose, formal gering Gebildete und Arbeiter haben eine höhere Wahlneigung für die genannten Parteien als der Durchschnitt.²⁴ In Ostdeutschland jedoch sind die Ergebnisse mit der Modernisierungsthese nicht ganz verträglich. Zwar neigen auch hier die Arbeitslosen eher den rechtsextremen Parteien zu und haben die formal höher Gebildeten eine unterproportionale Wahlbereitschaft zugunsten der NPD, der DVU oder der Republikaner, aber anders als im Westen profitieren die rechtsextremen Parteien vor allem von Personen mit einem Realschulabschluss. Inwieweit sich hier ein spezifisch ostdeutscher „Radikalisierungsprozess“²⁵ nach der formalen Bildung abzeichnet, muss zunächst unbeantwortet bleiben. Auch nach der Stellung im Beruf zeigen sich Ost-West-Unterschiede. Der Zusammenhang ist im Osten weniger deutlich. Arbeiter und Selbständige haben eine gering überdurchschnittliche rechtsextreme Wahlneigung. Ob dies für eine Radikalisierungsanfälligkeit des alten Mittelstandes spricht, kann hier nicht weiter geprüft werden.

Das Gewerkschaftsmilieu und die konfessionellen Milieus, insbesondere das katholische Milieu, gelten traditionell bzgl. der rechtsextremen Wählermobilisierung als resistent. In Ostdeutschland wird diese Aussage durch die Daten verifiziert. Gewerkschaftsmitglieder und

²³ In Befragungen wird der Stimmenanteil rechtsextremer Parteien eher unterschätzt.

²⁴ Im Unterschied zum Bildungsabschluß und der Stellung im Beruf ist der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und rechtsextremer Wahlabsicht in Westdeutschland nicht signifikant.

²⁵ Minkenber, a.a.O., S. 330

konfessionell Gebundene äußerten eine geringere Wahlabsicht für rechtsextreme Parteien als der Durchschnitt. Die rechtsextremen Parteien profitieren eher von den Konfessionslosen, die in Ostdeutschland eine zahlenmäßig besonders starke Gruppe darstellen. Im Westen tritt der Zusammenhang zwischen der Konfessionsstruktur und einer rechtsextremen Wahlabsicht weniger klar hervor. Bzgl. der Gewerkschaftsbindung verkehrt sich der Zusammenhang sogar ins Gegenteil. Gewerkschaftsbindung ist hier eher ein Indikator für eine rechtsextreme Wahlabsicht. Dies könnte für die in manchen Publikationen geäußerte „Proletarisierungsthese“ sprechen, also das Eindringen rechtsextremer Parteien in traditionelle sozialdemokratischen Wählergruppen.

4. Zusammenfassung

Die Ergebnisse zeigen, dass die Entwicklung der ausländerfeindlichen Einstellungen wie auch des rechtsextremen Wählerpotentials einem wellenartigen Verlauf folgt. Der Zenit dieser Entwicklung wird bei den Einstellungen Mitte der 90er Jahre erreicht. In den Wahlergebnissen spiegeln sich die gestiegenen Mobilisierungschancen rechtsextremer Parteien in Ostdeutschland aufgrund des Wahlzyklus erst zeitlich versetzt gegen Ende der 90er wider. Sowohl für die Einstellungen als auch für die Wahlen ist die sozioökonomische Unzufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung relevant: So ist die Anteil derer, die Ausländer aus sozioökonomischen Motiven ablehnen in Ostdeutschland doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Die Wahlkampfstrategien der rechtsextremen Parteien wurden durch die kombinierte Thematisierung von sozialen Problemlagen und fremdenfeindlicher Orientierungen verstärkt auf die ostdeutsche Spezifik im ausländerfeindlichen Einstellungsmuster abgestimmt.

Ausländerfeindliche Einstellungs- wie auch rechtsextreme Wählerpotentiale fallen in den einzelnen Bevölkerungssegmenten unterschiedlich aus. Mit zunehmenden Alter nimmt der Anteil derer, die extrem ausländerfeindliche Einstellungen teilen, zu. Im Wahlverhalten zeigt sich jedoch ein entgegengesetzter Zusammenhang. Die rechtsextremen Parteien schneiden vor allem bei den Jungwählern überproportional ab. Während es im ausländerfeindlichen Einstellungspotential kaum Unterschiede nach den Geschlechtern gibt, zeigen Männer eine höhere Wahlneigung zugunsten rechtsextremer Parteien als Frauen. Für beide Aspekte gilt, dass zunehmende Bildung die Radikalierbarkeit herabsetzt. Dieser Zusammenhang ist jedoch bei den Einstellungen stärker sichtbar als im Wahlverhalten. So sind die größten Anteile extrem ausländerfeindlich Eingestellter unter denen ohne Abschluß und den Volks- und Hauptschulabgängern zu finden.

Anhang

Abb. 14-18 Verbreitung ausländerfeindlicher Einstellungen

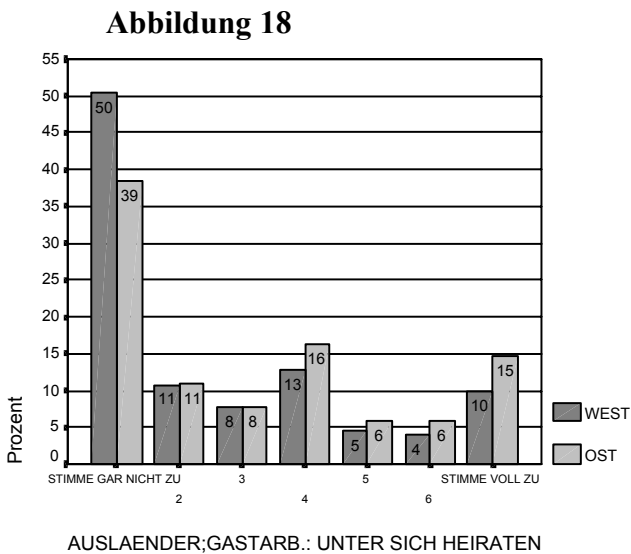
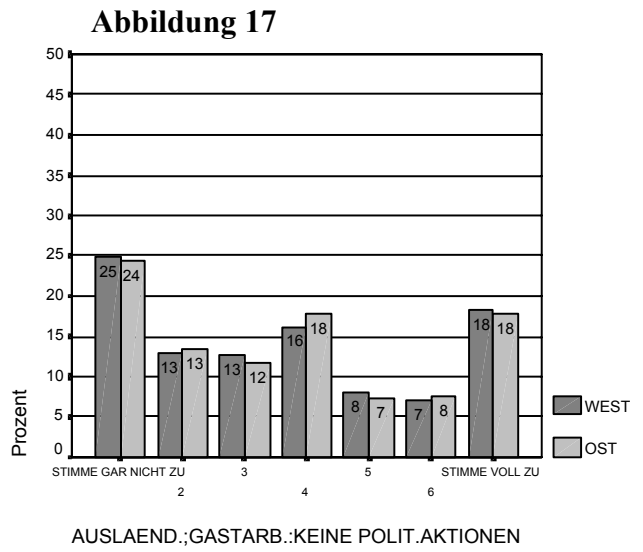
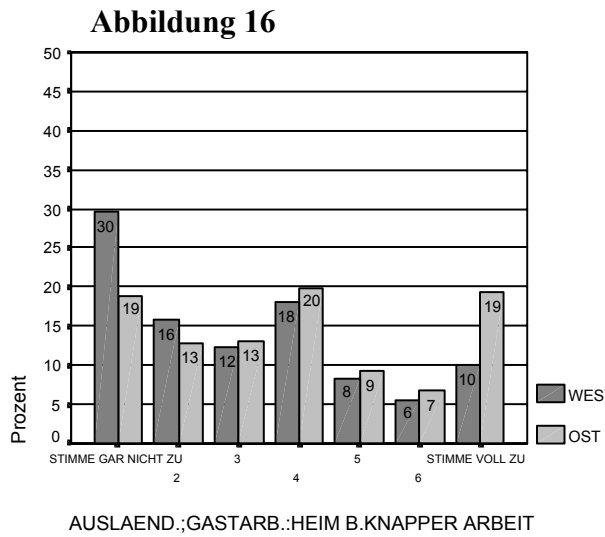
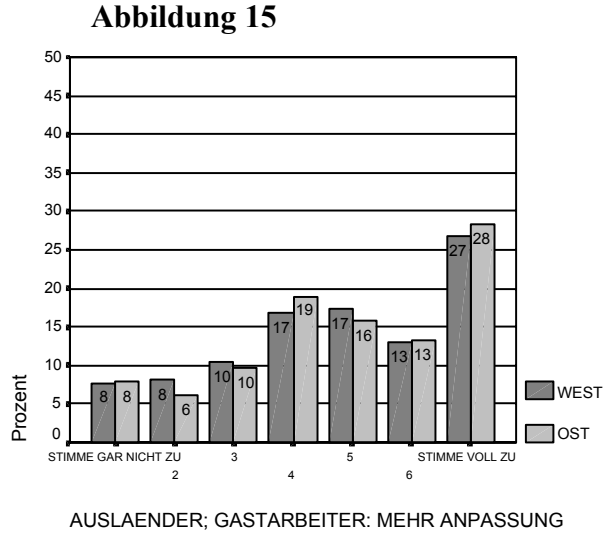
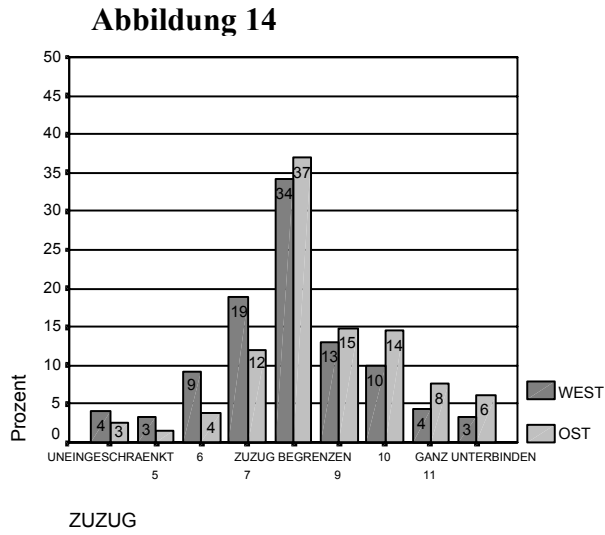


Abb. 19-23

Extrem ausländerfeindliche Einstellungen nach Bildungsabschlüssen

Abbildung 19

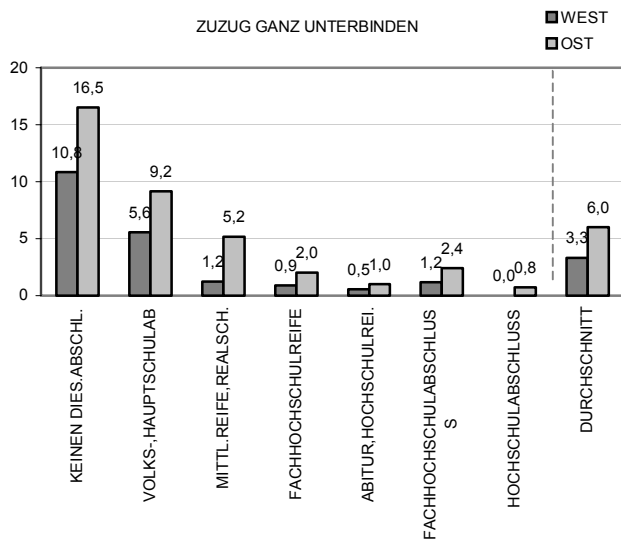


Abbildung 20

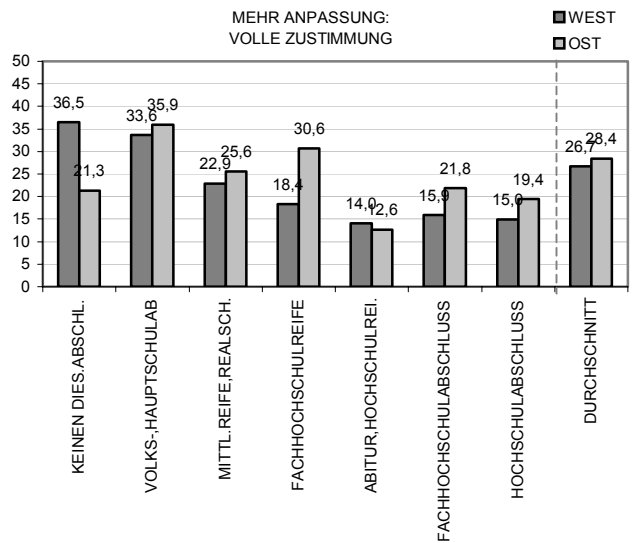


Abbildung 21

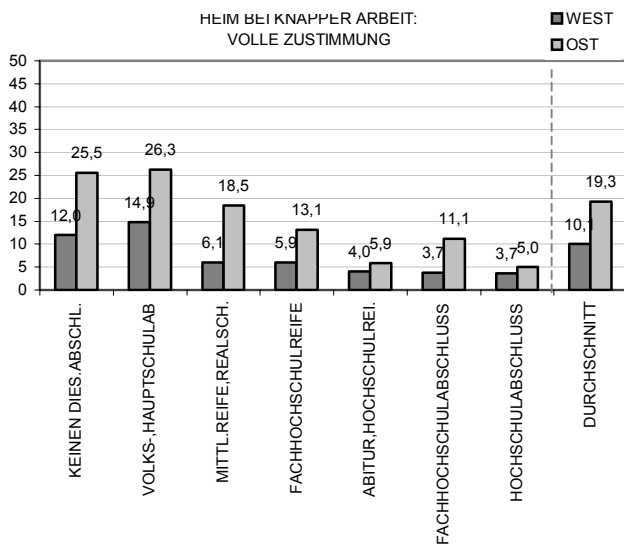


Abbildung 22

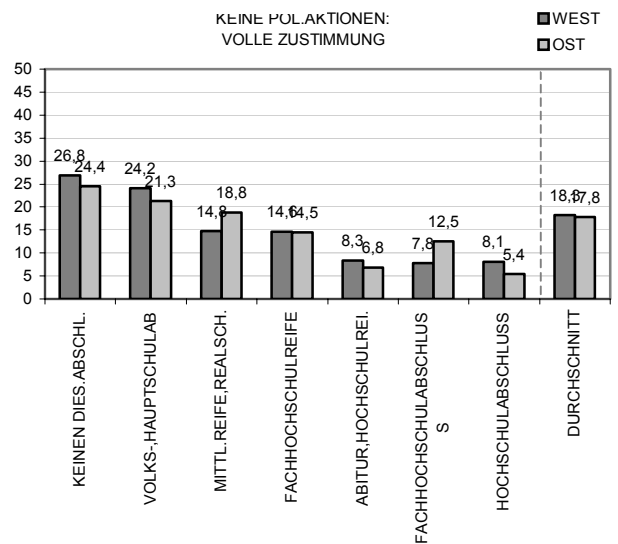
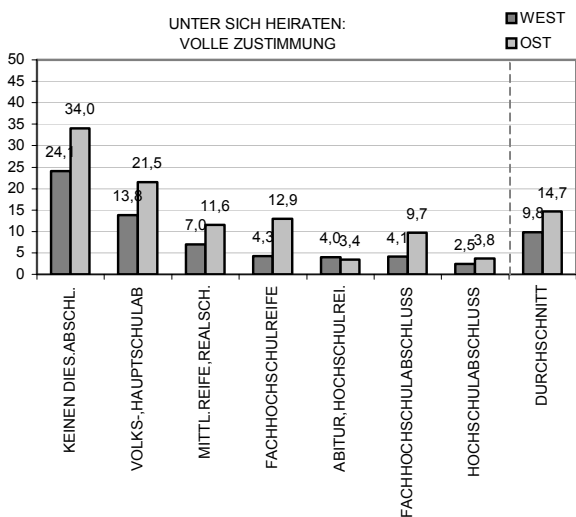


Abbildung 23



Literatur

KLEINERT, Corinna/KRÜGER, Winfried/WILLEMS, Helmut: Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 31, 1998, S. 14-27

WINKLER, Jürgen R.: Jugend und Gewalt in Rheinland-Pfalz. In: SCHUMANN, Siegfried/WINKLER, Jürgen R. (Hrsg.): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Frankfurt/M. 1997

JASCHKE, Hans-Gerd: Die rechtsextremen Parteien nach der Bundestagswahl 1998: Stehen sie sich selbst im Wege? In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999

MINKENBERG, Michael: Im Osten was Neues: Die radikale Rechte im Wahljahr 1998 In: Pickel, Gert et al. (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems

STÖSS, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung 1999

NIEDERMAYER, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998. Opladen 1999

PICKEL, Gert et al. (Hrsg.): Deutschland nach den Wahlen. Befunde zur Bundestagswahl 1998 und zur Zukunft des deutschen Parteiensystems

SCHUMANN, Siegfried/WINKLER, Jürgen R. (Hrsg.): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Frankfurt/M. 1997

